

# EUROPÄISCHE UNION

## **ZWISCHEN MOTORFUNKTION UND INNEREUROPÄISCHEN DIFFERENZEN**

Am 17. September findet in Brüssel ein Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union statt. Ziel ist es, die Positionen der Mitgliedstaaten im Vorfeld des G20-Gipfels von Pittsburgh vom 24. bis 25. September zu koordinieren. Da der folgende Bericht vor diesem Sondergipfel verfasst wurde, kann er nur einen vorläufigen Überblick über Erwartungen und Positionen in der EU vor dem G20-Gipfel bieten.

Der Sondergipfel ist dringend geboten. Während die EU intendiert, eine Motorfunktion im Rahmen der G20 zu übernehmen, wird sie durch innereuropäische Differenzen über Kernfragen der Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems sowie der Finanzierung der Klimapolitik geschwächt. Zur Diskussion stehen die Regulierung der Vergütung im Finanzsektor, eine Exit-Strategie zu den Konjunkturpaketen, stärkere Kapitalregeln für Banken sowie die Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel.

## **EU-MASSNAHMEN ZUR REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS**

In Folge der G20-Gipfel von Washington und London wurden auf EU-Ebene bereits zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems initiiert. Eine zentrale Forderung der G20-Gipfel von Washington und London zielt auf die Stärkung von Regulierung und Aufsicht. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Notwendigkeit einer verschärften Kontrolle von Kreditratingagenturen und Hedgefonds akzentuiert, die als zentrale Faktoren für

die Wirtschafts- und Finanzkrise gelten. Bereits im November 2008 unterbreitete die Europäische Kommission Vorschläge zur Regulierung von Kreditratingagenturen, die im April 2009 Europäisches Parlament und Ministerrat passierten. Zentrales Element stellt dabei die Registrierung der Agenturen dar, kontrolliert durch den Ausschuss der europäischen Regulierungsbehörden (CESR) und voraussichtlich ab 2010 durch eine paneuropäische Behörde.

Zudem schlug die Kommission im April neue Regeln für sogenannte „alternative Investmentfonds“ vor, das heißt für Hedgefonds und Private Equity Firmen. Die Regulierungsinitiative zielt darauf ab, deren Aufsicht zu verbessern und systemische Risiken auszuschließen. Entsprechend sieht der Kommissionsvorschlag vor, dass in der EU ansässige Manager alternativer Investmentfonds sich registrieren und ihre Aktivitäten offen legen. Das neue Regelwerk befindet sich aktuell in der Diskussion zwischen Parlament und Ministerrat. Ferner wurden Regulierung und Aufsicht im Versicherungssektor reformiert und Maßnahmen in den Bereichen Eigenkapitalvorschriften, Vergütungspolitik und Reform der europäischen Finanzaufsicht lanciert. Mithin konnten wichtige Reformen des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems initiiert werden.

## **EIN SIGNAL DES AUFBRUCHS UND DER GESCHLOSSENHEIT**

Am 3. September 2009 sendeten der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der britische Premierminister Gordon Brown und Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Signal des Aufbruchs und der Geschlossenheit aus, indem sie einen ge-

meinsamen Brief an die schwedische EU-Ratspräsidentschaft verfassten. Ziel dieses Briefes ist es, eine gemeinsame Position der europäischen G20-Mitglieder zu formulieren und die Aufmerksamkeit aller EU-Mitgliedstaaten auf Kernfragen des G20-Gipfels in Pittsburgh zu lenken.

In ihrem Brief betonen die Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur zu implementieren und Exit-Strategien für die Zeit nach der Krise zu koordinieren. Des Weiteren wird die Entwicklung eines Regulierungsrahmens für den Finanzsektor als eine Priorität für den kommenden G20-Gipfel festgehalten. Besondere Berücksichtigung erfährt dabei die variable Vergütung in dieser Branche: Governance, Transparenz und Anreize sollen reformiert werden. Die Verfasser gehen ferner auf die Notwendigkeit stärkerer Kapitalregeln ein und dringen auf Implementierung der Basel II-Mechanismen. Darüber hinaus fordern sie eine Auseinandersetzung mit dem „Moral Hazard“-Problem systemisch relevanter Finanzinstitutionen, Maßnahmen gegen kooperationsunwillige Staaten beim Austausch von Steuerinformationen sowie die Reform der internationalen Finanzinstitutionen.

Aus deutscher Sicht stellt die Forderung nach Entwicklung der „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ ein besonders wichtiges Signal dar. Im Rahmen der Charta setzt sich die Bundesregierung aktiv für die Entwicklung eines globalen Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft ein. Damit kann der gemeinsame Brief als Kern für eine gemeinsame EU-Position zum G20-Gipfel bewertet werden.

### **AUF DER SUCHE NACH EINER GEMEINSAMEN EU-POSITION**

Während innerhalb der EU grundsätzlicher Konsens über die Notwendigkeit von Reformen besteht, konnten Differenzen über ihre konkrete Form bis dato nicht überwunden werden. Grundsätzlich besteht Einigkeit, in Pittsburgh mit der bestehenden Bonuskultur zu brechen. Die Kommission lancierte bereits im Juli eine entsprechende Gesetzesinitiative, die unter anderem Banken und Wertpapierfirmen zu einer soliden Vergütungspolitik verpflichtet. Fer-

ner betonte der schwedische Finanzminister Anders Borg im Anschluss an das Treffen der EU-Finanzminister am 2. September 2009, alle Mitgliedstaaten unterstützten eine strikte EU-Position in Hinblick auf den G20-Gipfel. Borg forderte, dass künftige Regeln eine enge Verbindung zwischen Risikoübernahme und langfristigen Auswirkungen garantieren müssten. Dennoch bestehen Differenzen über die Form zukünftiger Regulierung: Frankreich wirbt intensiv für eine harte EU-Haltung und hat bereits Vorschläge unterbreitet, die unter anderem auf verpflichtende Bonusgrenzen abzielen. Dies wird von Großbritannien jedoch abgelehnt.

Ferner beabsichtigen die EU-Mitgliedstaaten, auf stärkere Eigenkapitalregeln für Banken zu drängen. Während jedoch Frankreich und Deutschland die vollständige Annahme der Basel II-Regeln durch weitere Staaten präferieren, unterstützt Großbritannien die radikaleren Reformvorschläge des US-Finanzministers Timothy Geithner.

Schließlich besteht Dissens über den richtigen Zeitpunkt des Ausstieges aus den Konjunkturpaketen: Während Frankreich und Deutschland auf die Entwicklung einer Exit-Strategie pochen, hat sich Großbritannien der US-Forderung nach Weiterführung der Konjunkturpakete angeschlossen.

Darüber hinaus bemüht sich die EU in Vorbereitung auf den G20-Gipfel sowie auf die UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen vom 7. bis 18. Dezember 2009 um eine gemeinsame Position zur Bekämpfung des Klimawandels. In diesem Zusammenhang formulierte der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren die Erwartung an die Schwellenländer, Kürzungen ihrer Emissionen von bis zu einem Drittel vorzunehmen. Mit ihrem Vorschlag vom 10. September 2009 zur Finanzierung der Klimapolitik bemüht sich die Kommission, einer EU-Position stärkere Konturen zu verleihen. Erwartet wird, dass Entwicklungsländer ab 2020 jährliche Kosten von 100 Billionen Euro werden tragen müssen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu finanzieren. Für den Fall, dass in Kopenhagen ein ambitioniertes Abkommen verabschiedet wird, hält die Kommission ab dem Jahr 2020 einen EU-Finanzierungsbeitrag von

zwei bis 15 Billionen Euro jährlich für möglich. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich die Mitgliedstaaten noch vor dem G20-Gipfel auf eine gemeinsame EU-Position festlegen werden. Bereits auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 18.-19. Juni 2009 konnte keine Einigung über konkrete Summen für einen globalen bzw. EU-internen Beitragsschlüssel erzielt werden. Strittig bleibt die Gewichtung der Faktoren Finanzkraft und Emissionen, da sie signifikante Auswirkungen auf die Beiträge einzelner Mitgliedstaaten hat.

## **FAZIT**

Im Anschluss an die G20-Gipfel von Washington und London wurden auf EU-Ebene zahlreiche Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. Um auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh Reformen auch auf internationaler Ebene zu erreichen, bedarf es jedoch einer gemeinsamen EU-Position zu Kernfragen wie der Regulierung der Vergütung im Finanzsektor, einer Exit-Strategie aus den Konjunkturpaketen, stärkeren Kapitalregeln für Banken und der Finanzierung der Klimapolitik. Abzuwarten bleibt, inwiefern es den Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel vom 17. September gelingt, die notwendige Geschlossenheit zu demonstrieren.

*Joscha Ritz  
KAS-Europabüro Brüssel*